

PROBLEME
DES DEUTSCHEN MILITARISMUS VOM
19. ZUM 20. JAHRHUNDERT

VON

Prof. Dr. phil. Werner Pöls

BRAUNSCHWEIG

1972



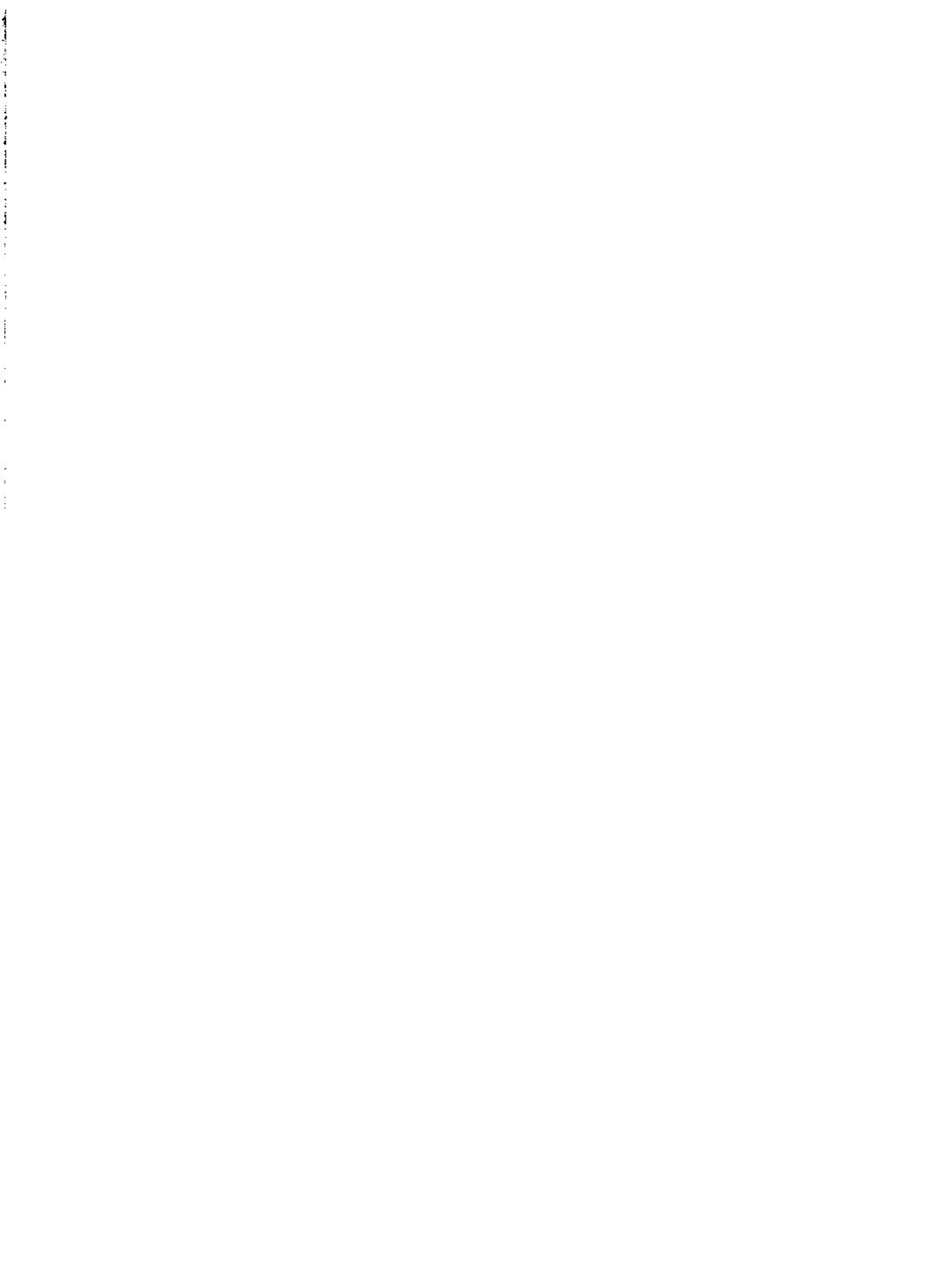
PROBLEME
DES DEUTSCHEN MILITARISMUS VOM
19. ZUM 20. JAHRHUNDERT

von

Prof. Dr. phil. Werner Pöls

BRAUNSCHWEIG

1972



Meine Damen und Herren !

Wenn es richtig ist, dass historische Forschung nicht reiner Selbstzweck ist, nicht allein Forschung um der Forschung willen, sondern dass sie in der Rückschau auf die Vergangenheit den geschichtlichen Standort der Gegenwart und auch der Zukunft zu bestimmen sucht, dann fällt ihr auch eine politische Aufgabe zu. Der nach rückwärts gewandte Historiker, von dem Friedrich Schlegel einmal gesprochen hat, ergänzt seine Tätigkeit dann durch die wache Aufmerksamkeit für das ihn umgebende Geschehen und empfängt von ihm Belehrung und Anregung. Der Bestimmung des geschichtlichen Standortes der Gegenwart ist die Handreichung an dem praktischen Politiker in einem wohlverstandenen Sinn immanent, denn nur der vermag sicheren Schrittes zu entscheiden, der den Boden, auf dem er sich bewegt, in allen seinen Schichtungen und Untergründen kennt. Der ohne geschichtliche Orientierung handelnde und denkende Staatsmann ist ebenso ein Unding wie der ohne jede politische - nicht parteipolitische - Orientierung forschende Historiker.

Gerade unsere Gegenwart stellt diese Aufgabe mit allem gebotenen Ernst und in aller Eindringlichkeit. Der wenig mehr als fünfundzwanzig Jahre zurückliegende Deichbruch von 1945 hat in seiner krisengeladenen Zuspitzung Probleme aufgeworfen oder neu gestellt, die in solcher Klarheit kaum vorher erkannt waren. Zu ihnen gehört das Problem des Militarismus als eine der bewegendsten, erregendsten und brennendsten Gegenwartsfragen. Die Katastrophe zweier Weltkriege im Zeitraum einer Generation hat in aller Schärfe die Frage nach den Ursachen gestellt und vor allem den Willen der Völker zur Bändigung der zerstörenden Kräfte hervorgerufen, die der Krieg als Mittel gewaltsamer Lösung zwischenstaatlicher Streitfragen entfesselt, um sie der regulierenden Einwirkung der bewussten Vernunft und des sittlichen Willens zu unterwerfen und darüberhinaus neue Zusammenstöße von unvergleichlich grösserer Wucht zu vermeiden. Ob die führenden Staatsmänner unserer Zeit sich dazu willens

^{x)} Vortrag anlässlich der Einweihung der Bibliothek der TU Braunschweig am 5.2.1972. Die Veröffentlichung geschieht auf vielfachen Wunsch, obwohl sie ursprünglich nicht beabsichtigt war. Auf Literaturnachweise und einen Anmerkungsapparat ist aus diesem Grunde bewusst verzichtet worden.

und in der Lage zeigen, erscheint angesichts der immer wieder krisenhaft sich zuspitzenden weltpolitischen Lage zuweilen fraglich, das bedeutet für den Historiker aber erst recht und um so mehr, rückblickend die vielschichtigen Kräfte, die zu den Katastrophen geführt haben, festzustellen, und durch diese Feststellung ihre Überwindung vorzubereiten.

Das Militarismusproblem ist kein neues Problem, es ist nur nach dem Zusammenbruch von 1945 neu und mit aller Schärfe gestellt, hatten doch die ins Unermessliche gesteigerten Kraftanstrengungen in zwei Weltkriegen ganz neue Züge und Wesensmerkmale hervorgebracht, deren historische Wurzeln trotz intensiver Auseinandersetzung besonders bereits nach dem 1. Weltkrieg kaum freigelegt waren. Es blieb Hitler vorbehalten, wesentliche neue Züge hinzuzufügen, so dass es geradezu eine zwingende Notwendigkeit war, nach den besonderen Formen eines spezifisch deutschen Militarismus in der bewegten deutschen Geschichte zu fragen und zu suchen. Dass diese erste Phase der wissenschaftlichen Auseinandersetzung noch ganz unter dem Eindruck des eben zu Ende gegangenen Krieges stand und noch stark von Emotionen geprägt war, liegt in der Natur der Sache. Vor allem aber ist es ein bezeichnendes Merkmal dieser ersten Phase, dass sie im wesentlichen von der ausserdeutschen Forschung und Publizistik getragen wurde. Soweit ich das sehe, haben nur Friedrich Meinecke in seinem Buch "Die Deutsche Katastrophe" und der Berliner Historiker Hans Herzfeld in einem Aufsatz von 1946 das Thema des Militarismus auf wissenschaftlicher Grundlage abgehandelt, bis Gerhard Ritter, der kürzlich verstorbene Nestor der deutschen Geschichtswissenschaft, es 1953 auf dem Bremer Historikertag aufgriff, um es dann in seinem grossen, freilich auch starke apologetische Züge tragenden Werk "Staatskunst und Kriegshandwerk" auf der Grundlage lange zurückliegender Forschungen 1954 vertieft darzubieten. Seitdem ist auch die deutsche Forschung zu diesem Thema immer wieder zurückgekehrt und hat es von neuen Fragestellungen und Gesichtspunkten her durchleuchtet, allerdings mit der verständlichen, wenn auch allzu sehr eingrenzenden Tendenz, es immer stärker zum Objekt der Zeitgeschichte zu machen, ein Vorgang freilich, der gewiss nicht ohne Beziehung zu den Anfang der fünfziger Jahre heiss diskutierten Fragen einer deutschen Wiederbewaffnung blieb.

Während die deutsche Forschung also erst nach dem entscheidenden Anstoss von Gerhard Ritter dem Militarismusproblem seine volle Aufmerksamkeit zuwandte, hatte die ausländische, besonders die angelsächsische Geschichtswissenschaft längst ihre Auffassungen formuliert. Ergebnis und Abschluss dieser ersten Phase bildet das Werk des Engländers Wheeler-Bennett "Nemesis of Power", ein Werk, das aber zugleich auch die Grenzen der Beurteilung des Militarismusproblems deutlich aufzeigte. Wheeler-Bennett unterscheidet sich zwar von seinen Vorgängern, beispielsweise dem Amerikaner und Ankläger des Nürnberger Prozesses, Talford Taylor, durch ein differenzierteres Urteil in den Einzelheiten. Aber auch ihm ist noch ein historisch-richterlicher Standort eigen mit dem Ziel, wie es Talford Taylor einmal ausgedrückt hat, diese "dunkle Geschichte" des deutschen Militarismus und vor allem seiner "ausserordentlichen und exotischen Kriegerkaste" zu schreiben. Gewiss ist es für Wheeler-Bennett zugleich ein bewegtes Stück miterlebter Geschichte, das er untersucht. Aber er knüpft an die historische zugleich eine politische Frage, die in der Besorgnis gipfelt, ob die Gegenwart in Deutschland die historischen Belastungen der Vergangenheit überwunden habe oder aber in der Lage sei, sie zu überwinden. Die Anklänge an die Problematik der deutschen Wiederaufrüstung sind darin offenkundig. Nun kommt der Historiker, so sagten wir bereits, nicht ohne politische Orientierung aus, aber, so müssen wir hinzufügen, darf er die historischen mit den tagespolitischen Zeit- und Streitfragen so verknüpfen, dass die politische Aussage zuweilen in den Vordergrund tritt, ja dass die Feststellung historischer Tatbestände ein politisches Korrektiv erhält (wir schneiden damit die Problematik der Zeitgeschichte überhaupt an, ohne sie freilich in Frage stellen zu wollen). Am sichtbarsten wird dieser Sachverhalt in der durchgängig üblichen, zuletzt noch von William Shirer in seinem Buch über den Aufstieg und Fall des 3. Reiches angewandten These einer folgerichtigen, gleichsam unausweichlichen historischen Entwicklung Deutschlands von den Hohenzollern des 17. und 18. Jahrhunderts bis zur Katastrophe Hitlers und dem Zusammenbruch von 1945, gleichsam als Beweis für die Gerechtigkeit in der Geschichte, als Strafvollzug für eine jahrhundertelange Fehlentwicklung. Die Spiegelung der deutschen Geschichte allein im Militarismusproblem führt zu Fehlurteilen, wenn nicht zugleich der gesamthistorische Hintergrund mit ins Auge gefasst wird.

So bleibt die Phase der im wesentlichen ausserdeutschen Beschäftigung mit dem Militarismusproblem doch bis zuletzt im Banne einer im politischen wurzelnden, aber historisch vertretenen Fragestellung, die von einem spezifischen Militarismus als der deutschen Geschichte im besonderen Masse inwohnend ausgeht. Dieses fast ungefilterte Zusammenfließen von politischen und historischen Motiven erfährt eine wesentliche Korrektur durch das bereits erwähnte Werk Gerhard Ritters und nicht zuletzt durch das Werk des bedeutenden amerikanischen Historikers Gordon Craig "The Politics of the Prussian Army 1640 - 1945", das 1955 erschien und durch umfangreiche Einzelforschungen etwa über Edwin Manteuffel, General Groener oder die deutschen Militärattachés im 19. Jahrhundert vorbereitet war. Craig und Ritter bilden gleichsam die Klammer, den Übergang aus der Zweigleisigkeit der Militarismusforschung in eine international getragene Eingleisigkeit, der sich nur die Ostblockforschung entzieht, weil für sie die historische Erklärung gegenwärtig praktizierter politischer Zustände sachlich und methodisch massgeblich, ja sogar allein zulässig ist. Die Militarismuskonversation ist damit zugleich in eine versachlichte Phase eingetreten und in den Versuch einer umfassenden Zusammenschau des Heeresproblems seit dem Grossen Kurfürsten vor dem Hintergrund der gesamthistorischen Entwicklung. Die historische Ahnenweihe von Luther über Friedrich den Grossen und Bismarck bis hin zu Hitler wird zugleich überwunden, die deutsche Geschichte wird nicht mehr als "Vorhalle der Katastrophe des 20. Jahrhunderts" angesehen.

Während Craig für die frühere Zeit bis zur Reichsgründung auf der Basis der gesamten einschlägigen Literatur ein geschlossenes, abgerundetes Bild zu zeichnen vermag, wird in dem stärker gedrängten Teil seit 1870, vor allem bis 1914, doch eine Anlehnung an Wheeler-Bennett erkennbar, die zwar nicht auf eigene Urteilsnuancen verzichtet, die nun aber eine Kontinuität voraussetzt, die den historischen Tatbeständen nicht gerecht wird. Das liegt vor allem an der Eigenart seines Militarismusbegriffs, der sehr eng gefasst ist und mit dem Schwergewicht des Heeres und seiner ja unleugbaren Sonderstellung im Deutschen Reich identifiziert wird. Dabei wird übersehen, dass diese Sonderstellung ja nicht nur eine politische, sondern vor allem eine historische und eine soziale ist, die eng mit der Eigenart des Verlaufs

der preussisch-deutschen Geschichte zusammenhängt. Sie drohte freilich immer wieder zu einer politischen zu werden, ohne jedoch jemals im vollen Umfang den Primat über die Politik zu erreichen. Abgesehen von den zweifellosen Ambitionen des Nachfolgers von Moltke als Chef des Generalstabes, des Grafen Waldersee, der durchaus militärischen Einfluss auf den Gang politischer Entscheidungen suchte, ja sogar beanspruchte, hat das Militär den Primat der Politik nicht anzutasten versucht, nachdem Waldersee sowohl von Bismarck wie auch von dessen Nachfolger Caprivi abgewehrt worden war. Sieht man von der Rolle des Grossadmirals Tirpitz ab, auf den gleich noch zurückzukommen sein wird, so hat der militärische Einfluss auf die politische Führung bis 1914 keine entscheidende Rolle gespielt.

Das Problem ist also nicht allein darin zu suchen, wie weit das Militär praktischen Einfluss auf die Politik suchte und auch fand, sondern die Problematik bestand für die Wilhelminische Epoche in dem Mangel an Koordination von Politik und Militär. Der Mangel an Koordination, übersteigert bis zu gegenseitiger Isolierung, stellt nun freilich ein ernsthaftes Problem der Wilhelminischen Epoche dar, besonders, wenn man sie im Zusammenhang mit der geographischen Lage Deutschlands und vor allem mit den gesteigerten Rüstungsanstrengungen der europäischen Kontinentalmächte sieht. Angesichts dieser Faktoren war eine Automation soldatischer Befürchtungen und militärischer Überlegungen eine gefährliche, unter bestimmten Voraussetzungen auch zum Durchbruch drängende Triebkraft, wenn sie ohne Verbindung zu den politischen Gegebenheiten und Zielen blieb. Am sichtbarsten kommt dieser Sachverhalt wohl in der Gestalt Schlieffens und des Schlieffenplans zum Ausdruck. Sie zeigen die reine Erstarrung des von politischen Rücksichten losgelösten fachmilitärischen Denkens. Aber es wird auch offenbar, dass ein beiderseitiges Versagen, der Politik und des Militärs, vorliegt und dass von einem eindeutigen Übergewicht des Militärischen über die Politik kaum die Rede sein kann. Anders steht es mit der Flottenplanung und Flottenpolitik des Grossadmirals Tirpitz, der in verhängnisvoller Weise die deutsch-englischen Beziehungen schwer belastet hat. Die Emanzipation der Flottenpolitik von der politischen Reichsleitung, man könnte sogar von einer Ohnmacht der politischen Führung gegenüber der Flottenpolitik sprechen, macht aber weniger das Übergewicht fachmilitärischen Denkens deutlich, als vielmehr die Impotenz des Kaisers, die ihm

verfassungsgemäss zustehende Aufgabe einer ausbalancierenden Koordination wahrzunehmen. Man wird also Überlegungen in dieser Richtung, die hier nur angedeutet werden können, zuerst anstellen müssen, bevor man die Tatbestände auf ihren Militarismusgehalt hin untersucht und prüft.

Anders steht es mit der Frage des Kriegeausbruchs von 1914. In der Julikrise von 1914 erwies sich die gegenseitige Isolierung von Politik und Militär als schwerwiegendes Verhängnis, denn sie trieb die politische Führung in die eben beschriebene Abhängigkeit von militärischen Zwangsläufigkeiten, verstrickte sie in den Mechanismus militärischer Aufmarschpläne. Aber auch die Militärs gerieten in den Sog dieses Mechanismus, der sie mehr zu "Exekutanten eines Verhängnisses als zum Träger wirklicher Entschlüsse" machte (Herzfeld). Es ist selbstverständlich, dass an dieser Stelle die von Fritz Fischer ausgelöste Diskussion unberücksichtigt bleiben muss.

Aber wir müssen noch weiter gehen. Wir müssen fragen, ob das gegenseitige Verhältnis von Politik und Militär schon ein ausreichendes Kriterium bietet, um den Militarismusgehalt einer Epoche herauszufiltern, oder ob wir nicht zugleich auch nach dem Rang des Militärischen in Staat und Gesellschaft zu fragen haben. Da bieten sich allerdings in der Wilhelminischen Epoche - um in dem Bereich zu bleiben -, mannigfache Ansätze, die das Militarismusproblem in der Deutschen Geschichte von einer ganz anderen Seite her beleuchten. Nicht nur der Staat, das Militär oder der Hof und ihre Stellung zum Militärischen bilden die alleinigen Kriterien, sondern auch die Bedeutung des Militärischen in der Gesellschaft, in den breiten Schichten der Bevölkerung gehört dazu. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, welche Bedeutung dem Rang des Reserveoffiziers beigelegt wurde, um zu erkennen, was hier gemeint ist. Der Rang des Reserveoffiziers war gleichsam der Schlüssel zur Gesellschaft, der Zutritt zu einer gesellschaftlichen Gruppe, die eben in dieser Gesellschaft das höchste Ansehen genoss. Es ist also nicht allein der vielzitierte Kastengeist des Offizierskorps, sondern es waren oft die Zivilisten, die die Sonderstellung herausforderten, sie duldeten und sie auch anerkannten. Eine zeitgenössische Überlieferung mag - repräsentativ für viele andere - diesen Sachverhalt beschreiben. Margarete Buber - Neumann, Tochter eines Potsdamer Brauereidirektors, später politische Schriftstellerin und Frau des in der Sowjetunion verschollenen Kommunistenführers Heinz Neumann, berichtet in ihren

1957 in Stuttgart erschienenen Memoiren folgende bezeichnende Episode: "Eines Tages spielten wir während der Pause auf dem Schulhof, als ich zufällig Herrn von Krieger in seiner Uniform mit den roten Streifen des Generalstäblers auf einen unserer Lehrer zugehen sah. Er wollte sich nach den Leistungen seiner Tochter erkundigen. Gleichzeitig sah ich aber auch die Veränderung, die plötzlich mit dem Lehrer vor sich ging. Ich sah ihn zusammenknicken, als habe sein Rückgrat keinen Halt mehr, und ich sah sein unterwürfiges Lächeln. Dieser Lehrer machte es dem Offizier völlig unmöglich, mit ihm zu verkehren wie ein Bürger mit dem anderen". Es besteht also durchaus eine Wechselwirkung zwischen der Haltung der einen und dem Verhalten der anderen, ein Umstand, der den hier behandelten Komplex nicht gerade vereinfacht, der aber geeignet ist, die ganze komplexe Vielschichtigkeit des Problems aufzudecken.

Die Bewunderung des Militärischen blieb aber nicht nur auf das aufstrebende Bürgertum, dem Titel, Nobilitierung, Orden und Reserveoffizierspatent erstrebenswerte Dekors ihres Standes waren, beschränkt, sondern sie erreichte breite Schichten der Bevölkerung. Chlodwig Hohenlohe - Schillingsfürst, der spätere 3. Reichskanzler, erzählt in seinem Memoirenwerk beispielsweise von einer Berliner Parade, an der er teilnahm, und auf der er genau diesen Sachverhalt beobachtete. Es heisst dort: "Die ganze Garnison von Berlin war ausgerückt. Grosser Glanz von Generalen, Prinzen usw. . Ich mischte mich unter das Publikum und war frappiert durch die Teilnahme des niedrigsten Volkes an militärischen Dingen. Keine Spur von der früheren Amimosität gegen das Militär, die sonst im Pöbel zu bemerken war. Der gemeinste Arbeiter sah die Truppen mit dem Gefühl an, dass er dazu gehöre oder gehört habe". Carl Zuckmayer hat diesen Sachverhalt literarisch in seinem Hauptmann von Köpenick so ausgedrückt: "Na ja, in Uniform, da geht's ja, da macht man Figur, das gibt'n kollossalen Halt, da is man'n ganz anderer Kerl. Wissen se - in Staatsbürgerkluft - da komm ick mir immer vor wie 'ne halbe Portion ohne Mostrich". Und auch im Sprachlichen drückt sich die gleiche Beobachtung aus, denn es gehörte durchaus zum volkstümlichen Sprachgebrauch, wenn man sagte, man habe in Potsdam gedient, in Magdeburg gestanden, man eile zu den Fahnen oder man trage des Kaisers Rock.

Wir haben es also mit einem Vorrang des Militärischen in einer verblüffenden Breite zu tun. Aber wir dürfen uns mit dieser Feststellung allein nicht begnügen, sondern wir haben nach den Ursachen zu fragen, und vor allem, wir haben dieses Phänomen zu charakterisieren nach seinen Zielen und Auswirkungen.

Der Rang des Militärischen, sein Ansehen in den breiten Schichten der Bevölkerung, der unverkennbare Stolz, der Armee selbst angehört zu haben, das alles, meine Damen und Herren, sind Erscheinungen, die nicht allein typisch deutsch sind. Der Stolz auf eine ruhmreiche Armee, die ja nach der Clausewitzschen Auffassung, dass der - ja lokalisierte - Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, ein bewegendes Instrument der Geschichte ist, ist nichts Ungewöhnliches und jeder Nation eigen. Niemand wird den Vorwurf kriegerischer Gelüste erheben, wenn die Kriegsveteranen etwa in Paris, London, Washington oder Moskau fester Bestandteil grosser Erinnerungsparenaden sind. Erst dort, wo sich die Popularität des Militärischen mit einem besonders ausgeprägten Element des Kämpferischen, des Elitären und des Expansionswillens erfüllt, wird sie zu einer unberechenbaren Gefahr, wenn sie dazu noch in die Hand hasardierender, abenteuernder politischer Führer gerät. Und dieses Element finden wir in der Wilhelminischen Epoche nicht. Weder der General Caprivi, der ein durchaus ziviler Geist war, und dessen Verlust seines Nachlasses gerade ein Liberaler wie Theodor Heuss beklagt hat, noch Hohenlohe, Bülow oder Bethmann-Hollweg verdienen diese Charakterisierung. Sie mögen keine Staatsmänner von besonderem Rang gewesen sein, aber politische Abenteurer waren sie gewiss nicht, auch wenn Bethmann-Hollweg sozusagen zum Kriege resigniert ist, ebensowenig übrigens wie Wilhelm II. Im Übrigen, um in einer Randbemerkung darauf hinzuweisen, dürfen wir ja nicht nur an Preussen denken, sondern auch an den süddeutschen Bereich. Und wir sollten uns auch klar werden über die Problematik, die gerade im Hinblick auf unseren Gegenstand der Blick auf das katholische Deutschland eröffnet.

Im preussisch-deutschen Reich kam aber noch etwas anderes hinzu: Die unbestreitbare Sonderstellung der Armee gleichsam als Staat im Staate. Immer dann, wenn diese Sonderstellung von den Militärs als selbstverständlicher Anspruch vertreten wurde, wie beispielsweise von Moltkes Epigonen, dann kam es auch zu den Friktionen

mit der politischen Führung und zu den Forderungen nach Einfluss auf den Gang der Politik.

Aber diese Sonderstellung der Armee in Staat und Gesellschaft hatte ihre tieferen Ursachen, die in dem eigentümlichen Verlauf der preussischen Geschichte zu suchen sind. Wir müssen deshalb im Rückblick darauf versuchen, diesen Werdegang in der hier gebotenen Kürze zu skizzieren. Ein Blick auf die politische Landkarte des 17. Jahrhunderts zeigt, dass Preussen um die Mitte des Jahrhunderts ein territorial vollkommen heterogenes Gebilde war. Es bestand aus einer Reihe von Einzel-Landschaften mit der Mark Brandenburg als Zentrum. In dieser Zeit kriegerischer Wirren im 30jährigen Krieg war der Bestand des in sich zerrissenen Territoriums jederzeit gefährdet. Aus dieser Lage zog Friedrich Wilhelm der Grosse Kurfürst, den allein möglichen und zeitgemäss opportunen Schluss, eine starke Armee aufzubauen, als er 1640 das Erbe Georg Wilhelms antrat, der sein Land in 21jähriger Regierungszeit durch ungeschickte diplomatische Manipulationen ohnehin in die Gefahr kriegerischer Verstrickung und der Auflösung gebracht hatte. So wurde der Grosse Kurfürst zum Vater des preussischen Militärstaates nicht allein um der militärischen Machtentfaltung willen, sondern aus Gründen der Sicherheit und Erhaltung seines Landes. Dabei zeichneten sich zwei Linien ab, die in die Zukunft hineinwirkten: Auf der einen Seite der Aufbau einer schlagkräftigen Armee als ein bleibendes preussisches Anliegen, auf der anderen Seite parallel dazu - ja es bedingend - das Bündnis von Grundbesitz und Herrscher, von Adel und Souverän. Dieses Bündnis des Fürsten mit dem Adel entstand zunächst aus dem wachsenden Finanzbedarf, den die Landstände Brandenburgs, Cleves, der Mark und Ostpreussens zu bewilligen hatten. Mit diesem Bündnis legte der Grosse Kurfürst die Grundlage für ein besonders intensives Gegenseitigkeitsverhältnis von Adel und Fürst, das den Gegensatz ständischer und fürstlicher Interessen umwandelte in ein direktes Verhältnis zum Herrscher. Der Adel begab sich der Wahrnehmung seiner ständischen Rechte, um dafür privilegiert zu werden mit dem alleinigen Anspruch auf alle hohen Staatsämter und die Offizierspatente.

Dieses von dem Grossen Kurfürsten nur eingeleitete Verfahren wurde besonders von Friedrich Wilhelm I. ausgebaut und von Friedrich dem Grossen vertieft.

Sie mobilisierten den Adel für ihre Armee zunächst mit Zwang. Sie überzeugten ihn durch die greifbaren Vorteile, die sie ihm boten. So wuchs der Adel, der oft mehr Stolz als Wohlstand besass, gerade unter ihm in eine soziale Stellung hinein, die nicht ihresgleichen hatte.

Damit war die Grundlage gelegt für den Auf- und Ausbau einer Armee, die von anfänglich 2 500 Mann unter dem Grossen Kurfürsten schon auf mindestens 30 000 Mann anwuchs. Sein Sohn Friedrich, der erste Preussenkönig, steigerte sie auf 40 000 Mann. Friedrich Wilhelm I., der Soldatenkönig, hinterliess Friedrich dem Grossen 83 000 Mann. Damit war Preussens Armee die viertstärkste in Europa, obwohl der preussische Staat nach seinem Gebietsumfang erst an 10., nach seiner Bevölkerungszahl sogar an 13. Stelle rangierte.

Angesichts dieser Zahlen versteht man die ironische Bemerkung Mirabeaus, Preussen sei kein Land, das eine Armee habe, sondern eine Armee, die ein Land besitze.

Bei dieser Lage ist es kein Wunder, dass in dem alten Preussen eine straffe Unterordnung der Staatstätigkeit unter militärische Zwecke und Aufgaben herrschte, die im Dienste politischer Machterhaltung, unter Friedrich dem Grossen politischer Machtentfaltung alle staatlichen Kräfte den Zwecken der Armee dienstbar machte und unterordnete. Es war zudem eine zwangsläufige Folge, dass das militärische Element und der militärische Charakter alle Seiten des altpreussischen Lebens beherrschend durchdrang und einen ausgeprägten Vorrang vor den bürgerlich-zivilen Schichten in Anspruch nahm. Freilich dürfen wir bei einer solchen Betrachtungsweise nicht aus dem Auge verlieren, dass der innere Ausbau Preussens in seiner staatlichen Organisation und seiner wirtschaftlichen Durchdringung einen unübersehbaren Bestandteil der preussischen Geschichte bildet.

Die aus dem alten Preussen überkommene, durch Tradition allmählich gefestigte, in den Schlachten Friedrichs des Grossen schliesslich bewährte Sonderstellung der Armee und besonders des Offizierskorps in Preussen blieb ein Wesensmerkmal auch in den gewandelten Verhältnissen des 19. Jahrhunderts. Selbst die nach den verlorenen Schlachten von Jena und Auerstädt ausgelösten Reformbestrebungen, die mit Namen

wie Gneisenau und Scharnhorst, Boyen und Grolmann verknüpft sind, vermochten an diesem Sachverhalt nichts zu ändern. Im Gegenteil, die Konfrontation mit dem deutschen Frühliberalismus, der alles andere als revolutionär war, und den man sich durchaus nicht als eine grosse und geschlossene politische Bewegung vorstellen darf, diese Konfrontation vertiefte das Bündnis von Krone und Offizierskorps noch mehr und fand seinen unbestreitbaren Höhepunkt in der Unterwerfung der revolutionären Kräfte der Jahre 1848 - 49. Der Gegensatz der Monarchie und des seine Eigenart sorgfältig wahren Offizierskorps gegen die politischen Tendenzen des 19. Jahrhunderts hat sich durch diese Ereignisfolge nicht erst herausgebildet, sondern hat ihn vertieft und verhärtet. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Gegensätze in aller Härte und Schärfe aufeinanderprallten, als es sich um politische Probleme handelte, die die Armee betrafen. Der Heereskonflikt der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in Preussen, ausgeweitet bis zu einer echten Verfassungskrise, entzündete sich an dem zivilen Postulat, im preussischen Parlament über Heeresfragen verantwortlich mitzuentcheiden, an dem Dualismus von bürgerlichem Verfassungsstaat und militärischer Staatstradition, ein Problem übrigens, das latent vorhanden blieb. Noch 1899 schrieb Friedrich Naumann in der "Hilfe": "Warum muss in Deutschland jede Militärfrage bis an die Grenze des Konflikts führen? Sind wir so wenig vaterländisch? Sind wir so tief unmilitärisch? Warum erledigen wir Militärfragen nicht glatt wie England und Frankreich? Antwort: Wir haben kein parlamentarisches Regiment! Bei uns ist die Militärfrage die einzige Möglichkeit, dem politischen System weh zu tun". Der Sieg der militärischen Staatstradition hat zwar den bürgerlichen Verfassungsstaat nicht aufgehoben, wohl aber das Militär in seiner Sonderstellung bestätigt, ein Vorgang, der dann in den Reichsgründungskriegen, in den Schlachten von Düppel, Königgrätz und Sedan; auch als politisch gerechtfertigt erscheinen musste, denn in diesen Schlachten wurde das Militär gleichsam zum Vollstrecker des nationalen Einheitstraumes, der das ganze 19. Jahrhundert erfüllt hat. Der preussische Adel hat dadurch seine überlieferte Stellung als Kern des Offizierskorps in dem bereits seit dem Grossen Kurfürsten herausgebildeten und ständig vertieften Bündnis zwischen Adel und Krone im wesentlichen bis zum ersten Weltkrieg und bis zum Sturz der Hohenzollernmonarchie behaupten können. Es ist dabei nicht ohne Reiz, dem Gedanken nachzugehen, dass die gleiche Armee, die 1848 - 49 den

ersten Reichsgründungsversuch - und um einen solchen handelt es sich ja - unterdrückte und zunichte machte, 1870 - 71 die Reichsgründung vollstreckte, beide Male freilich als Instrument der politischen Führung, beide Male aber mit dem Ergebnis ihrer Stärkung im politischen Raum.

Es ist also eine historisch begründete herausgehobene soziale Stellung des Militärs in Preussen-Deutschland, die durch den militärischen Erfolg sogar ihre Rechtfertigung zu finden schien. Diese Sonderstellung, auch wenn sie sich auf den Gang der politischen Entscheidungen nicht niederschlug, war dennoch ein Politikum. Die ihr innewohnende, ja sie voraussetzende konservative Grundstimmung bildete ein retardierendes Moment in der parlamentarisch-demokratischen Durchdringung des Reiches, weil sie in der Lage war, auch den zivilen Bereich zu erreichen, nicht zuletzt über den Rang des Reserveoffiziers. Eine zeitgenössische Überlieferung mag diesen Sachverhalt beleuchten. Die Baronin Spitzemberg, Mitglied der Berliner Hofgesellschaft, hat folgende Episode aufgezeichnet: " Bekanntlich ist augenblicklich Beratung des Marineetats, und der Reichstag hat grosse Abstriche gemacht . . . Da begegnet S. M. heute früh im Tiergarten Herrn von Stumm, geht mit ihm und befiehlt ihm in höchster Erregung, er solle in den Reichstag gehen und dort sagen, wer es hören wolle, er, der Kaiser, werde, wenn ihm vom Marineamt etwas gestrichen werde, den Reichstag auflösen, alle Minister zum Teufel jagen und einen Staatsstreich machen. Und Stummunglaublich, aber wahr - geht in den Reichstag und tut, wie ihm befohlen war, denen, die ihm darob Vorwürfe machten, erwidern, er sei Offizier und habe zu gehorchen! " Man muss sich dieses Beispiel ganz vergegenwärtigen. Immerhin handelte es sich um den Freiherrn von Stumm-Halberg, einen der grössten Industriellen Deutschlands. Er stellt den Offizier, seinen Rang als Reserveoffizier über den des Parlamentariers. Wie weit das der Möglichkeit selbst einer konstruktiven Opposition Grenzen setzte, liegt auf der Hand. Eine solche Haltung ist zeitweilig bis zur Groteske getrieben worden, so etwa, wenn einer der Führer der preussischen Konservativen, Oldenburg-Januschau, im Reichstag zu erklären vermochte: " Der König von Preussen und der Deutsche Kaiser muss jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: " Nehmen Sie 10 Mann und schliessen Sie den Reichstag! ". Gewiss, das sind Auswüchse, aber solche Auswüchse charakterisieren doch Tendenzen, die latent vorhanden waren. Von hier aus ist der Weg zu dem berühmt-berüchtigten Wort vom

Reichstag als Quasselbude nicht mehr weit. Und wir verstehen Theodor Fontanes resignierende Bemerkung zu seinem Freund Friedlaender: " ... Je mehr wir verassessort und verreserveleutnantet werden, je toller wird es. Der letzte Rest von natürlichem Gefühl, was immer gleichbedeutend ist mit poetischem Gefühl, geht verloren " .

Hier, meine Damen und Herren, liegt die eigentliche Problematik der Sonderstellung der Armee und des Militärischen. An diesem Punkt vollzieht sich die Begegnung von Militärischem und Politischem und führt zu ihrer gegenseitigen Durchdringung und in den Auswüchsen zur Aufhebung des Politischen.

Es ist zugleich die Begegnung des Historikers mit der negativen Seite des ins Extrem gesteigerten Militärischen, mit dem Militarismus in seiner reinsten Form. Dieses Extrem ist der Boden für eine Rolle des Militärischen und des Militärs, wie ihn die altpreuussische Tradition mit ihrer strikten Trennung des militärischen vom zivilen Bereich nicht gekannt hat. Es ist aber auch der Boden, auf dem Männer wie Hindenburg und Ludendorff, letzterer vor allem, in der kritischen Phase des ersten Weltkrieges unverhohlen nach der unmittelbaren politischen Führung greifen konnten, um sie ganz der militärischen unterzuordnen.

Verweilen wir noch einen Augenblick bei der Sonderstellung der Armee in Preussen-Deutschland und werfen wir einen Blick auf den Übergang zur Weimarer Republik. Die Reichswehr Seecktscher Prägung hat die Sonderstellung der Armee in ihrem Selbstverständnis unverändert beibehalten, allerdings mit einem anderen Akzent versehen. Es ist nicht mehr das Offizierskorps in seiner herausgehobenen sozialen Sonderstellung, sondern es wird nun die Reichswehr als Ganzes, die sich einen beziehungsfreien Sonderstatus schafft, losgelöst von der Politik und von den sozialen und politischen Umwälzungen, die sich mit dem Sturz der Hohenzollernmonarchie anbahnten und durchsetzten, eingebettet in die Traditionen der alten Armee, die aufzugeben " von keinem Soldaten befürwortet, von keinem Vaterlandsfreund gewünscht werden " könne, wie Seeckt in seinem Organisationsplan für ein neues Heer bereits am 18. Februar 1919 meinte. Ebenso wenig wie sich die Reichswehr von diesen

Traditionen wirklich gelöst hat, ebensowenig hat sie ein wirkliches Verhältnis zum Weimarer Staat gefunden und wohl auch nicht finden wollen. Der Typ des scheinbar oder angeblich unpolitischen Soldaten, den auch die kaiserliche Armee gepflegt hat, bleibt in der Weimarer Zeit völlig bindungsfrei, nicht nur gegenüber den Parteien, sondern auch gegenüber dem Staat, während der unpolitische Soldat der kaiserlichen Armee wenigstens die Bindung an die Monarchie und an den Träger der Krone empfand. Dieses Losgelöstsein des Soldaten von jeder anerkannten Bindung und die fehlende Militärkonzeption der politisch tragenden Kräfte bilden so das eigentliche Heeresproblem der Weimarer Zeit.

Aber die Reichswehr hat sich doch bei aller Abstinenz im ganzen loyal zum Weimarer Staat verhalten. Schleicher und noch mehr Groener sind immer wieder mit wohlmeinenden Versuchen gescheitert, die Reichswehr an den Staat zu binden, freilich sie auf solche Weise auch zu politisieren. Das hatte seine tiefere Ursache in dem Spannungsfeld von Tradition und Revolution, in dem dieser Staat geboren wurde. Neu von mir aufgefundene Hindenburg-Briefe sind geeignet, diesen Sachverhalt zu beleuchten. In den Auseinandersetzungen der Bismarckfamilie mit dem Cotta-Verlag um die Veröffentlichung des III. Bandes der Gedanken und Erinnerungen schrieb Hindenburg am 15. Oktober 1919 an den jetzigen Fürsten Bismarck: "Ich erblicke in der Veröffentlichung gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine grosse Gefahr für Seine Majestät, meinen allergnädigsten König und Herrn und damit für den monarchischen Gedanken . . . und darum rufe ich als ältester Offizier der ehemaligen Königlich Preussischen Armee die Loyalität Eurer Durchlaucht mit der dringenden Bitte an, die Herausgabe des Buches zu verhindern". In diesem Zitat aus einem Brief des späteren deutschen Reichspräsidenten spiegelt sich die ganze Problematik des Übergangs vom Kaiserreich zur Republik, wie ihn die Armee sah, wider. Der kaisertreue Offizier vertritt ungebrochen den monarchischen Gedanken, und doch ist er ein loyaler Präsident der Weimarer Republik geworden.

Der unpolitische Soldat der Reichswehr ist trotz stärkerer Tendenz nach rechts nicht zum Wegbereiter Hitlers geworden. Sicherlich haben viele jüngere Offiziere mit Hitler sympathisiert, weil er ihnen eine schnelle Wiederaufrüstung versprach.

Aber in gleichem Masse lassen sich scharfe Gegner nachweisen, vor allem in der oberen Führungsschicht. Der Oberbefehlshaber, Freiherr von Hammerstein, hat 1933 in aller Form gegen die Berufung Hitlers protestiert. Was dann mit der Armee geschah, meine Damen und Herren, grenzt allerdings ans Unfassliche, an etwas Einmaliges, das nur die deutsche Geschichte aufzuweisen hat. Nachdem die Wiederaufrüstung in vollem Zuge war, wurde - so paradox das klingt - die Armee von der politischen Führung "militarisiert". Während die deutsche Generalität - meine Damen und Herren, der Ausdruck "Generalität" in Anführungsstrichen - eine kriegerische Aktion strikt verneinte, trieb die politische Führung eine Kriegspolitik, die kein Vorbild hatte, um schliesslich einen neuen Weltkrieg zu entfesseln, der an Unerbittlichkeit und Totalität - auch in der Niederlage - nicht seinesgleichen kannte.

Damit wird allerdings ein der Militarismuskonzeption bisher fremdes Element sichtbar: Die radikale Militarisierung des gesamten Lebens, das Drängen nur widerwillig folgender Militärs zu Kriegsplänen und schliesslich das Drängen zum Kriege selbst durch die politische Führung. Das ist ein spezifisch deutscher Beitrag zum Militarismusproblem, der mit Recht den Anlass gab, nach einem Militarismus als der deutschen Geschichte in besonderem Masse innewohnend zu fragen.

An dieser Stelle, meine Damen und Herren, endet der Beitrag des Historikers, endet die Feststellung des Gewesenen, oder, um es mit Leopold von Ranke auszudrücken, endet "die Begebenheit selbst in ihrer menschlichen Fasslichkeit".

Die Begebenheit wird damit zu einer historischen Erfahrung, die ihren Inhalt dem praktischen Politiker zur Anregung und Belehrung darbietet, damit diejenigen Konsequenzen gezogen werden, die das Militarismusproblem für alle Zukunft zu einem historischen machen und es nicht zu einem politischen werden lassen.

In diesem Sinn ist Geschichte nicht beziehungsfreie Wissenschaft, ist der Geschichtsforscher politischer Historiker.





